

vor. Aber weil es eben unabhängig vom gesetzlichen Mindestlohn in den meisten Unternehmen gang und gäbe ist, die gearbeiteten Stunden zu dokumentieren, ist das jetzt für die übergroße Mehrheit der Arbeitgeber und ihrer Beschäftigten keine große Veränderung. Und ich weiß aus Gesprächen und Unternehmensbesuchen, dass es dort, wo es neu ist, einfach und ohne viel Tamtam angepasst wird.

SPIEGEL: Die Union will vor allem die Verdienstgrenze von 2958 Euro senken, bis zu der die Arbeitszeit beim Mindestlohn dokumentiert werden muss. Bei 8,50 Euro sind das 348 Stunden im Monat. Wer arbeitet schon so lange?

Nahles: Täuschen Sie sich nicht. Bei der Saisonarbeit, etwa im Sommer auf dem Bau, kommt das durchaus vor. Wir haben diese Zahl nicht gegriffen. Es ist der Verdienst, den Sie mit dem Mindestlohn erreichen können, wenn Sie alle legalen Ausnahmen des Arbeitszeitgesetzes nutzen. Diese Grenze haben wir innerhalb der Koalition und auch mit den Arbeitgebern diskutiert.

SPIEGEL: Unionspolitiker wie Michael Fuchs vom Wirtschaftsflügel der CDU oder die bayerische Wirtschaftsministerin Ilse Aigner würden am liebsten die Dokumentationspflichten ebenso wie die Mindestlohnkontrollen radikal beschneiden. Die Begründung: Sie belasten die Wirtschaft und stellen sie unter Generalverdacht.

Nahles: Die Unternehmen in Deutschland wollen den Mindestlohn zahlen und tun dies auch, das zeigen die Anrufe bei unserer Hotline. Aber wir müssen diese ehrlichen Arbeitgeber vor denen schützen, die sich dadurch einen Wettbewerbsvorteil schaffen, dass sie den Mindestlohn nicht bezahlen. Doch wie soll das ohne Kontrolle gehen? Dadurch würde die kleine Gruppe der Unehrliehen nur etwas größer. Wer wie Frau Aigner fordert, die Kontrollen komplett auszusetzen, der lädt unverblümt zur Umgehung des Mindestlohns ein. Dafür sollte sie sich schämen.

SPIEGEL: Werden Sie dennoch dem Koalitionspartner entgegenkommen?

Nahles: Meine Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass der Mindestlohn bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ankommt und in der Praxis gut umgesetzt werden kann – und nicht, dem Koalitionspartner entgegenzukommen. Es gibt noch Klärungsbedarf an einigen Stellen. Daran arbeiten wir, aber das hat nichts mit dem eigentlichen Mindestlohngesetz zu tun. Wenn noch Schwierigkeiten auftauchen, bin ich bereit, diese anzupacken. Ich bin aber nicht bereit, der Umgehung des Mindestlohns Tür und Tor zu öffnen. Die Dokumentationspflichten und die Kontrollen sind unverzichtbar.

Interview: Markus Dettmer



Kaninchen auf einer Zuchtschau

Trügerisches Idyll

Tierhandel In der deutschen Heimtierbranche herrschen erschreckende Zustände. Doch der Gesetzgeber sieht keinen Grund zum Eingreifen.

Für das Wohl ihrer Haustiere scheuen viele Deutsche weder Kosten noch Mühen. Überanstrengte Tiere dürfen sich in Spas erholen, bei leichtem Magengrimmen geht es mit dem Kaninchen zum Homöopathen. Fast vier Milliarden Euro gaben die Deutschen 2013 allein für Tierfutter aus.

Täglich müssen hierzulande 28 Millionen Mäuler und Schnäbel gestopft werden – sieben Millionen mehr als im Jahr 2000. Denn inzwischen hält über die Hälfte aller Familien ein Heimtier.

Von der Fürsorge für die tierischen Mitbewohner profitiert eine boomende Branche, Verkaufsketten wie Fressnapf vermelden Rekordumsätze. Verdient wird dabei weniger an den Tieren selbst. Das Geschäft funktioniert nach dem Prinzip der Druckerpatronen: Die Hardware wird den Kunden quasi hinterhergeworfen, Kasse wird mit dem Zubehör gemacht, am Nippes für die Nager. Katzenstreu, Hundesofas und Hamsterrädern.

Besonders wichtig für die Branche ist der Verkauf der Kleintiere, er gilt als Einstiegssegment. Mit Kaninchen und Meerschweinchen werden Stammkunden gewonnen. Der Handel wirbt um die Tierfreunde mit großen Worten: Fressnapf etwa sieht sich als „Verbündeter zwischen

Mensch und Tier“, die Gartencenter-Kette Dehner behauptet, sich für das Wohlbefinden der angebotenen Kleintiere verantwortlich zu fühlen. Die Rede ist von Ethik, moralischen Verpflichtungen, zertifizierten Lieferanten.

Doch die Idylle trügt. Nach Recherchen des SPIEGEL und des ARD-Magazins „Report Mainz“ stammen viele der im Handel erhältlichen Tiere aus Zuchtstätten in den Niederlanden, Tschechien und Deutschland, wo sie unter üblen Bedingungen gehalten werden.

Aktivisten der Tierschutzorganisation Peta nahmen in den vergangenen Monaten die Lieferwege auch großer Ketten wie Fressnapf, Futterhaus, Dehner und Obi unter die Lupe. Dabei filmten sie Tausende Tiere in überfüllten Käfigen oder winzigen Plastikboxen. Viele mussten in ihren Ausscheidungen leben, manche waren verletzt, andere verwundet bereits. In einigen Kanarienkäfigen kam es zu Kannibalismus.

Die Qualen in der Heimtierindustrie hält der Peta-Wissenschaftler Edmund Haferbeck für „systemimmanent“. Ohne vernünftigen Grund, sagt das Tierschutzgesetz, darf keinem Tier Schmerz oder Leid zugefügt werden. „Es ist nicht ansatzweise zu begründen, warum gequälte Kaninchen, Hamster oder Meerschweinchen als Ware in Baumärkten verschleudert werden“, sagt Haferbeck, der die Szene seit Jahren beobachtet. Es gehe der Branche um „Monetik statt Ethik“. Wegen Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz hat Peta diese Woche zwölf Zuchtbetriebe und Großhändler angezeigt.

Einer von ihnen ist Dennis Grofemeier aus Melle. Grofemeier sagt, sein Betrieb arbeite ordnungsgemäß und sei aus „Liebe zu den Tieren“ entstanden. Schon als Kind züchtete er Zebrafinken. Inzwischen ist der Garten seines Wohnhauses nahezu komplett mit Käfigen und Volieren bebaut. Von außen machen sie einen ordentlichen Eindruck.

FOTO: CLAUDIUS BÖRGENHEIMER / IMAGO

Peta-Aufnahmen, die Grofemeier teils für Fälschungen hält, lassen darauf schließen, dass es innen oft ungemütlich eng zugeht.

Die Masse der von Grofemeier gehandelten Tiere befindet sich jedoch nicht in Melle. Grofemeiers Familienunternehmen ist ein Zwischenhandel, typisch für die Branche. Er bestellt die Meerschweinchen für etwa 5 Euro und reicht sie für 13,50 Euro an Obi & Co. weiter. Doch zieht man Transport- und Futterkosten ab, sind die Margen dünn. Grofemeier muss viel handeln, um über die Runden zu kommen.

Unterlagen, die dem SPIEGEL vorliegen, lassen für Betriebe von Grofemeiers Größe auf rund 200 000 Tiere pro Jahr schließen. Die Zahlen, so Grofemeier, stimmen „nicht ansatzweise“. Allein die 160 Tiermärkte der Fressnapf-Kette, die wie viele Garten- und Baumärkte auch zu Grofemeiers Kunden zählen, verkaufen allerdings rund 70 000 Kleinsäuger pro Jahr.

Nur: Kann dieser schwungvolle Handel mit Lebewesen wirklich tierschutzgerecht geschehen, wie die großen Ketten versichern? Wird tatsächlich auf kurze Lieferwege geachtet, und hält man sich beim Transport an die Standards der Tierärztlichen Vereinigung für Tierschutz (TVT), wie etwa Futterhaus behauptet?

Grofemeiers Lieferwege führen durch halb Mitteleuropa, er bezieht Tiere aus Tschechien und den Niederlanden. Teils sind die Kleinsäuger stundenlang unterwegs, viele dürften den Stress der Straße nicht überleben. Einen Transportstandard, etwa für Kaninchen, gibt es in den TVT-Regularen derzeit nicht. Zur Unterbringung allerdings empfiehlt die Tierärzte-Organisation einen Käfig von 150 mal 60 Zentimeter für zwei Tiere.

Bei Paul Rozemeijer aus Lunteren östlich von Utrecht hocken neun Kaninchen auf gerade mal 60 mal 60 Zentimeter Grundfläche. Rozemeijer ist einer von Grofemeiers Lieferanten. Als der ARD-Reporter ihm Peta-Videos zeigt, die nachts in seinen Ställen und Verschlagen gedreht wurden, geht der Holländer fast in die Luft.

Wenn bei ihm nicht alles in Ordnung wäre, wie könne er seine Tiere dann bis nach Dubai liefern, fragt Rozemeijer. Halb verdurstete Kaninchen, die sich um den Wasserspender rangeln, kommentiert er mit den Worten: „Ich trinke auch nicht den ganzen Tag.“ Etwas stiller wird Rozemeijer, als er die Szenen sieht, in denen

Vögel auf ihren toten Artgenossen herum-picken.

Von einer niedersächsischen Grofemeier-Lieferantin gibt es Aufnahmen, in denen Einkaufswagen mit teils schimmlichen Essensresten zu sehen sind – offenbar Futter für die in klaustrophobisch engen Käfigen gehaltenen Meerschweinchen. Direkt neben den noch lebenden Tieren liegen die Kadaver der von Würmern zerfressenen Tiere in einem aufgeschnittenen Plastikkanister.

Grofemeier verurteilt die Bedingungen bei seiner Geschäftspartnerin; Dehner, Fressnapf und Futterhaus wollen zudem die Anforderungen an ihre Lieferanten prüfen oder nur noch mit zertifizierten Züchtern arbeiten.

„Unterirdisch“ findet Cornelia Jäger die von Peta dokumentierten Zustände. Die Veterinärin ist Landesbeauftragte für Tierschutz in Baden-Württemberg. „Heimtiere“, sagt sie, „werden oft schlechter gehalten als Versuchsmäuse oder Masthühner.“ Während es für die wenigstens Regeln gebe, die etwa die Besatzdichte festlegen, könne die Kleintierbranche weitgehend gesetzlos vor sich hin wurschteln. Jäger fordert daher eine Heimtierverordnung, die Käfiggrößen regelt und auch von Käufern einen Sachkundenachweis fordert – eine Art Schutz vor spontanen Och-ist-der-aber-süß-Einkäufen. Jäger nennt das „zusätzliche Reflexionsschleife“.

Auch das Verbot der Qualzucht sollte konkretisiert werden. Damit sind fragwürdige Züchtungen gemeint, die Tiere äußerlich putzig aussehen lassen und innerlich krank machen: gebogene Positurkanarienvögel etwa, die so rechtwinklig auf der Stange stehen können, als müssten sie sich übergeben. Sie vegetieren quasi mit einem Erbschaden vor sich hin – ein Risiko, das in Kauf

genommen wird, weil es „geschäftsfördernd“ ist, so Jäger.

Ein Heimtierschutzgesetz stand 2002 sogar schon einmal im rot-grünen Koalitionsvertrag. Umgesetzt wurde es nie.

Und jetzt? Spricht das Landwirtschaftsministerium von Christian Schmidt (CSU) von neuen Gutachten und Forschungsvorhaben zum Thema. Tierschutzwidrige Zustände, heißt es, „dürfen nicht geduldet werden“. Ein Heimtiergesetz hält Schmidt jedoch nicht für nötig.

Nils Klawitter

6,1
Millionen
Kleinsäugetiere
leben in
deutschen
Haushalten.

Davon
Kaninchen



3,0 Mio.

Meerschweinchen



1,3 Mio.

Hamster



0,7 Mio.

Umsatz mit deren
Futter und
Zubehör 2013

291

Millionen Euro

Quellen: IVH/ZZF,
Universität Göttingen



Video: Das blutige Geschäft mit Kleintieren

spiegel.de/sp162015tierhandel
oder in der App DER SPIEGEL